



# OBERLANDESGERICHT MÜNCHEN

---

Aktenzeichen: 18 W 1187/05 9

O 4509/04 LG München I

## In dem Rechtsstreit

[REDACTED]

- Gläubigerin und Beschwerdeführerin -

Prozessbevollmächtigte:

[REDACTED]

gegen

[REDACTED]

- Schuldner -

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Tim Oliver Becker, Oberaltenallee 76,  
22081 Hamburg

wegen Ordnungsgeld hier:

Streitwertbeschwerde

erlässt der 18. Zivilsenat des Oberlandesgerichts München durch die unter-  
zeichnenden Richter ohne mündliche Verhandlung am 06. Mai 2005

folgenden

### **Beschluss:**

Die Beschwerde der Gläubigerin gegen den Beschluss des Landgerichts München I vom 08.03.2005 wird zurückgewiesen.

### **Gründe:**

#### I.

Der Streitwert des dem streitgegenständlichen Ordnungsmittelverfahrens zugrunde liegenden Rechtsstreits wurde mit Beschluss vom 12.03.2004 auf 30.000,00 EUR festgesetzt worden. Mit Schriftsatz vom 03.12.2004, beim Landgericht München I eingegangen am 6.12.2004, beantragte die Gläubigerin, dem Schuldner Ordnungsgeld in Höhe von 10.000,- EUR und für den Fall der Nichtbeitreibbarkeit, Ordnungshaft in Höhe von 30 Tagen bei Verstößen gegen den am 05.07.2004 für zustande gekommen erklärten Vergleich anzudrohen. Mit Beschluss des Landgerichts München I vom 03.01.2005 wurde der Antrag der Gläubigerin kostenpflichtig zurückgewiesen. Der Streitwert für das Ordnungsmittelverfahren wurde zunächst auf 5.000,- EUR festgesetzt. Auf die Beschwerde des Prozessbevollmächtigten des Schuldners vom 14.01.2005 wurde der Streitwert des Ordnungsmittelverfahrens mit Beschluss des Landgerichts München I vom 08.03.2005 auf 30.000,00 EUR festgesetzt. Im Übrigen hielt der Prozessbevollmächtigte des Schuldners seine Streitwertbeschwerde nicht aufrecht. Gegen den Beschluss vom 08.03.2005 legte die Gläubigerin mit Schriftsatz vom 11.03.2005, eingegangen am 22.03.2005 Beschwerde ein. Sie ist der Auffassung, der Streitwert für ein Ordnungsgeldverfahren gemäß § 890 ZPO richte sich nicht nach dem Hauptsachewert, sondern nach dem Interesse des Gläubigers an der Zwangsvollstreckung. Dieser Wert sei regelmäßig geringer als das Interesse an der Hauptsache und betrage in der Regel 1/3 des Hauptsachestreitwerts. Sie beantragt daher, den Streitwert für das Ordnungsmittelverfahren auf 10.000,- EUR festzusetzen. Das Landgericht München I hat der Beschwerde nicht abgeholfen.

## II.

Die Beschwerde der Gläubigerin ist zulässig (§ 68 Abs. 1, § 63 Abs. 3 S. 2 GKG). Sie ist jedoch unbegründet.

Zutreffend führte die Gläubigerin aus, dass die Beschwerde eines Gläubigers gegen die Ablehnung seines Ordnungsmittel gemäß § 3 ZPO nach seinem Erzwingungsinteresse, in der Regel mit 1/5 bis 1/3 des Hauptsachewertes, zu bewerten sei. Ausschlaggebend sind allerdings die Umstände des Einzelfalles, vor allem die behauptete Intensität des Verstoßes und die Gefahr weiterer Missachtung. Im Einzelfall kann daher das Interesse an der Vollstreckungsmaßnahme dem Interesse des Klägers an der Hauptsache entsprechen (vgl. Stein/Jonas/Roth, ZPO, 22. Aufl., § 3 Stichwort „Ordnungsgeld“ m.w.N.). So ist es hier. Die Parteien haben einen Vergleich geschlossen. Im Ordnungsmittelantrag führte die Gläubigerin aus, dass unabhängig von dem eindeutigen Verstoß gegen den geschlossenen Vergleich die Äußerungen des Schuldners auf seiner Internetseite inhaltlich nicht hinnehmbar seien. Der Schuldner sei von seiner sittenwidrigen Schädigungsabsicht keinen Millimeter abgerückt. Er behaupte, sowohl er als auch sein Provider seien juristisch auf übelste Weise bedroht worden. Unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere des von der Gläubigerin angegebenen wirtschaftlichen Interesses war daher der vom Erstgericht festgesetzte Streitwert von 30.000,00 EUR angemessen.

Das Verfahren ist gebührenfrei. Kosten werden nicht erstattet (§ 68 Abs. 3 GKG).

Weidenkaff  
Vorsitzender Richter

Lemmers Richter am  
Oberlandesgericht

Dr. Spangler  
Richterin

